

**Niederschrift  
über die  
54. Sitzung des Integrationsbeirates  
am 18.09.2025  
im Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Regensburg**

**Beginn: 16:10 Uhr  
Ende: 18:26 Uhr**

**Stimmberechtigte Mitglieder:**

	Name	anwesend	entschuldigt	unentschuldigt
1	Frau <b>Arndt-Grunde</b> i, Anja	<b>X</b>		
2	Frau <b>Berktaş</b> , Nihal	<b>X</b>		
3	Herr Prof. Dr. <b>Brunnbauer</b> , Ulf		<b>X</b>	
4	Herr <b>Cetinkaya</b> , Nurdoğan	<b>X</b>		
5	Frau <b>Funk</b> , Erika Eva		<b>X</b>	
6	Frau <b>Hanifah</b> , Mumtaz	<b>X</b>		
7	Herr <b>Kaddoura</b> , Mohammed Khalid	<b>X</b>		
8	Frau <b>Lang</b> , Julia	<b>X</b>		
9	Herr Dr. <b>Mărton</b> , Mihai-Paul			<b>X</b>
10	Herr <b>Paquay Rovira</b> , Pedro	<b>X</b>		
11	Frau <b>Pelties</b> , Marta	<b>X</b>		
12	Frau <b>Pidopryhora</b> , Alina	<b>X</b>		
13	Frau <b>Rist-Kaip</b> , Tünde	<b>X</b>		
14	Herr <b>Sarik</b> , Haritun			<b>X</b>
15	Herr <b>Sbirkov</b> , Ivan	<b>X</b>		
16	Frau <b>Schwarz</b> , Stephanie		<b>X</b> (nachträglich)	
17	Frau <b>Shahedi</b> , Monir	<b>X</b>		
18	Frau <b>Stabnau</b> , Hae-Gyung	<b>X</b>		
19	Frau <b>Stupavsky</b> , Anna		<b>X</b>	
20	Frau <b>Torreblanca Cruz</b> , Mariana		<b>X</b>	
21	Frau <b>Wudtke</b> , Valentina	<b>X</b>		
		<b>14</b>	<b>4</b>	<b>3</b>

## Beratende Mitglieder:

	Name	Anwesend	entschuldigt
1	Für die CSU-Fraktion: <b>Dechant</b> , Bernadette (Stellvertretung: <b>Tahedi</b> , Erich)		<b>X (Frau Dechant)</b>
2	Für die Fraktion B 90/DIE GRÜNEN: <b>Gaittet</b> , Daniel (Stellvertretung: <b>Eberlein</b> , Theresa)	<b>X (Herr Gaittet)</b>	
3	Für die BRÜCKE-Fraktion: <b>Wolbergs</b> , Jochaim (Stellvertretung: <b>Zierer</b> , Ernst)	<b>X (Herr Wolbergs)</b>	
4	Für die SPD-Fraktion: <b>Irmisch</b> , Alexander (Stellvertretung: <b>Kolbe-Stockert</b> , Evelyn)	<b>X (Herr Irmisch)</b>	<b>X (Kolbe-Stockert)</b>
5	Für die ÖDP-Fraktion: <b>Graf</b> , Joachim		<b>X (Herr Graf)</b>
6	Für die Freie Wähler-Fraktion: <b>Radler</b> , Kerstin		<b>X (Frau Radler)</b>

## Weitere beratende Mitglieder:

	Name	anwesend	Entschuldigt
1	von <b>Seiche</b> , Julia (Initiative „Ausbildung statt Abschiebung!“ e. V.) (Stellvertretung: <b>Koller</b> , Dr. Doris)	<b>X (Frau von Seiche)</b>	
2	<b>Hanusa</b> , Helga (Keine Bedienung für Nazis e. V.) (Stellvertretung: <b>Simek</b> , Ludwig)	<b>X (Frau Hanusa)</b>	
3	<b>Wiesmann</b> , Burkard (BI Asyl Regensburg) (Stellvertretung: <b>Streitberger</b> , Gotthold)	<b>X (Herr Wiesmann)</b>	
4	<b>Issakha</b> , Youssouf (CampusAsyl e.V.) (Stellvertretung: Frau Helen <b>Kidan</b> )		
5	<b>Firat</b> , Nihat (Migrationsausschuss der IG Metall Regensburg)		<b>X (Herr Firat)</b>
6	Herr <b>Firat</b> Vahap (Alevitische Gemeinde Regensburg und Umgebung e. V.) (Stellvertretung Herr <b>Güler</b> Hüseyin)		<b>X (Herr Firat)</b> <b>X (Herr Güler)</b>
7	Frau Natalia <b>Jundt</b> (Ukrainisch-Bayerischer Verein Hromada Regensburg e.V.)	<b>X (Frau Jundt)</b>	
8	<b>Maltz-Schwarzfischer</b> , <b>Gertrud</b> (Oberbürgermeisterin Stadt Regensburg)		<b>X (Frau Maltz-Schwarzfischer)</b>

## Anwesende Mitglieder der Stadtverwaltung:

	Name
1	Frau <b>Spitaler-Kossok</b> , Ines (Amt für Integration und Migration) bis 16:15 Uhr
2	Herr <b>Vernim</b> , Matthias (Amt für Integration und Migration)
3	Frau <b>Dirnberger</b> , Melanie (Amt für Integration und Migration)

Jobcenter Stadt Regensburg:

<b>Nachname / Vorname</b>
Frau <b>Ehrl</b> , Birgitt

EUTB Oberpfalz Süd:

<b>Nachname / Vorname</b>
Frau <b>Goldberg</b> , Anna

Jüdische Gemeinde:

<b>Nachname / Vorname</b>
Frau <b>Danziger</b> , Ilse

## Top 1: Eröffnung der Sitzung und Bericht des Vorstands

Berichterstattung: Vorsitzende

Frau Lang begrüßt alle Anwesenden, insbesondere neue Mitglieder, und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Einige Mitglieder seien entschuldigt. Frau Torreblanca-Cruz, Herr Brunnbauer, Frau Funk und Frau Stupavsky von den stimmberechtigten Mitgliedern. Sie heißt die Gäste willkommen, darunter Frau Ehrl vom Jobcenter, die Fragen beantworten werde, Frau Goldberg als neue Kooperationspartnerin der Interkulturellen Wochen sowie Frau Danziger von der Jüdischen Gemeinde.

Frau Lang berichtet vom Interesse der Mittelbayerischen Zeitung am heutigen Beschluss. Frau Ried, eine Redakteurin werde kommen und Fotos machen. Frau Lang fragt, ob jemand Einwände gegen Fotos habe. Da niemand widerspricht, wird das Einverständnis festgestellt

Frau Lang teilt mit, dass Frau Spitaler-Kossok wegen einer wichtigen Videokonferenz frühzeitig gehen müsse, Fragen sollen daher direkt gestellt werden. Zudem werde der Tagesordnungspunkt mit Frau Danziger vorgezogen, da auch sie früher gehen müsse. Es gibt keine Einwände dagegen. Frau Spitaler-Kossok entschuldigt ihr frühes Gehen, wünscht eine gute Sitzung und verabschiedet sich.

Frau Lang bedankt sich für ihr Kommen, wünscht eine erfolgreiche Videokonferenz und erklärt, dass die Protokolle noch in Arbeit seien, diese nach Fertigstellung aber zeitnah verschickt werden. Wie man wisse, sei die geschäftsführende Stelle aktuell sehr gefordert gewesen. Die Verzögerungen haben sich durch die Planungen zum 10-jährigen Jubiläum, der Interkulturellen Wochen und weiterer Aufgaben der geschäftsführenden Stelle die nebenbei noch angestanden seien, ergeben.

Frau Lang informiert, dass heute auch Frau Goldberg, eine Kooperationspartnerin, anwesend sei. Weitere Kooperationsprojekte seien geplant, eine Musikveranstaltung mit Hromada im Rahmen der Interkulturellen Wochen, sowie ein Kongress des Inklusionszirkels „Flucht. Migration. Behinderung.“ Frau Lang erinnert an die Eröffnung der Interkulturellen Wochen am Samstag. Herr Cetinkaya werde sich sicherlich über rege Teilnahme und Unterstützung vor Ort freuen. Sie bedankt sich bei Herrn Cetinkaya für den super Programmplan und betont, dass es mittlerweile ein Riesenevent geworden sei, weswegen es schön wäre, wenn viele da seien. Sie selbst werde mit etwas Verspätung erscheinen, da sie am Landkreislaf teilnehme.

Sie berichtet vom Planungstreffen zur 10-jährigen Jubiläumsfeier am 31. Juli und bittet um Anmeldung. Zudem informiert sie über die gut besuchte und positiv aufgenommene Auftaktveranstaltung und Ausstellung „Per Se“ im M26 im MIZ mit Medienpräsenz sowie über positive Berichte zu dem Medientermin am 11. September für die Interkulturellen Wochen. Abschließend erwähnt sie den von AGABY initiierten Austausch der ostbayerischen Integrationsbeiräte und übergibt das Wort an Herrn Cetinkaya.

Herr Cetinkaya berichtet vom Austausch mit anderen Integrationsbeiräten, bei dem der Regensburger Beirat, seine Strukturen und Aktivitäten wie beispielsweise die Interkulturellen Wochen und die Internationalen Wochen gegen Rassismus vorgestellt habe. Regensburg sei dabei vergleichsweise gut aufgestellt. Weitere Austauschtreffen seien geplant. Herr Cetinkaya hoffe, dass man hier vielleicht auch einiges an Ideen oder Anregungen mitnehmen könne.

Frau Lang bedankt sich und übergibt anschließend das Wort an Frau Danziger zur Vorstellung der Jüdischen Gemeinde.

## Top 4: Vorstellung Jüdische Gemeinde

Berichterstattung: Frau Danziger Ilse, Vorsitzende

Frau Danziger bedankt sich für die Einladung. Gerne stelle sie die Arbeit der Jüdischen Gemeinde vor. Sie lädt zu Führungen ein, die nach vorheriger Anmeldung per E-Mail und Nennung von drei Terminen jederzeit möglich seien. Sie betont, dass man jederzeit für alle, für die ganze Stadtgesellschaft offen sein möchte, was ganz wichtig sei.

Sie erläutert, dass die Gemeinde die älteste in Bayern (seit 981) und in erster Linie eine Religionsgemeinschaft sei, aber man auch als Beratungsstelle fungiere. Man berate und vertrete alle Mitglieder, insbesondere jüdische Zuwanderer (frühere Kontingentflüchtlinge) aus der Stadt und dem Landkreis, in sämtlichen Bereichen des Lebens bei allen Institutionen und Behörden, sowie Sozialamt, Jobcenter, Schulen, Kindergärten, medizinische Einrichtungen. Man helfe nicht nur bei Anträgen usw., sondern begleite die Leute auch zu den Behörden, auch eine Sozialarbeiterin begleite und unterstütze dabei.

Man sei Anlaufstelle für russischsprachige Personen anderer Zielgruppen, darunter auch Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Es spreche sich in der Stadt schnell herum, dass es hier Unterstützung für russischsprachige Menschen gebe. Alle, die Hilfe benötigen, können kommen, erhalten Beratung und Unterstützung bei Anträgen. Auch Aussiedler würden unterstützt. Man arbeite auch gut mit den Behörden zusammen und helfe bei deren Anliegen. Zudem biete man Beratung in psychologischen, sozialen, pädagogischen und kulturellen Fragen für jüdische und nicht-jüdische Menschen an. Auch hier habe man jemanden, der dafür ausgebildet sei und der zu Ärzten, Behörden usw. begleite.

In den Räumen der Jüdischen Gemeinde würden diese Hilfen und Religionsunterricht in deutscher Sprache angeboten. Das Judentum sei als Religionsgemeinschaft anerkannt, wie auch die evangelische und katholische Kirche. Es gebe die Möglichkeit, das Abitur abzulegen. Hier habe man einen jungen Rabbiner, aber auch ein Lehrer für jüdische Religion könne dies machen. Man biete Konzerte und Lesungen in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen an wie Katholische Erwachsenenbildung, Evangelisches Bildungswerk, Volkshochschule, Universität und immer, dies sei ganz wichtig, für die ganze Stadtgemeinschaft, nicht nur Mitglieder, sondern jeder, der Interesse habe, dürfe sich anmelden und könne kommen.

Für Kinder in der Gemeinde gebe es Ferienmaßnahmen, für Senioren Ferienfreizeiten und Ausflüge in andere Städte, auch für Ukrainer. Zudem werde jeden Dienstag und Mittwoch ein Malkurs für jüdische und nicht-jüdische Kinder angeboten, denn man habe in der Gemeinde den Künstler, Oleg Kuzenko. Dann habe man eine offene Bibliothek, die viermal wöchentlich zugänglich sei, hier könne man sich informieren und miteinander lesen. Ein Schachclub biete ein jährliches Turnier mit Teilnehmern aus verschiedenen Städten an. Der Kulturclub Shalom organisiere interkulturelle Veranstaltungen und sei im städtischen Leben voll integriert. Man biete auch Sprachkurse an, aber in erster Linie russisch-deutsch, da die Sozialarbeiterin russisch spreche und man habe ein Erzählcafé. Man arbeite mit der christlich-jüdischen Gesellschaft zusammen und sei Mitglied bei „Religions for Peace“. Es sei einfach wichtig, diese Integrationsarbeit zu machen und anzubieten. Frau Danziger beendet ihre Ausführungen.

Frau Lang bedankt sich und betont, dass es wichtig sei, dass die Angebote für die ganze Stadtgesellschaft seien, nicht nur für die Gemeindemitglieder. Es sei sehr schön dort, wer noch nicht drin gewesen sei. Wer noch nicht dort gewesen sei oder Gelegenheit habe, könne bei Führungen ja vorbeischaun, aber auch Konzerte gebe es.

Frau Lang fragt, ob es noch Fragen an Frau Danziger gebe.

Herr Cetinkaya bedankt sich für den Vortrag und die Vorstellung und fragt nach, wie groß die Gemeinde eigentlich sei.

Frau Danziger erklärt, dass die Gemeinde etwa 900 Mitglieder habe, wobei nicht, wie in anderen Religionsgemeinschaften, alle gleichzeitig kämen, da gebe es auch gar nicht genug Platz. Die Mitglieder kämen aber immer wieder, sowohl, wenn sie Hilfe brauchen, als auch zum Gebet. Interessant sei vielleicht auch, dass für das Gebet zehn Männer nötig seien, da man orthodox geführt sei und in einer orthodoxen Gemeinde nur Männer aus der Thora beten. Es sei jedoch kein Problem, dieses sogenannte Minjan von zehn Männern dafür zusammen zu bekommen.

Frau Shahedi fragt nach, ob die Mitglieder auch Gebühren bezahlen.

Frau Danziger erklärt, dass keine Gebühren gezahlt werden müssen, jedoch eine Bekenntnissteuer ähnlich der Kirchensteuer, da es eine anerkannte Religionsgemeinschaft sei. Diese werde über die Einkommens- bzw. Lohnsteuer vom Finanzamt eingezogen. Der Landesverband mit Sitz in München verwalte die Bekenntnissteuer für 13 jüdische Gemeinden plus München in Bayern. Die Steuerabteilung des Verbands weise die Steuerbeträge den jeweiligen Gemeinden zu.

Herr Vernim fragt, ob sich die Arbeit seit dem Ukraine-Konflikt verändert habe, ob neue Themen aufkämen oder sich die Gemeindegliederzusammensetzung geändert habe. Er fragt nach, ob auch jüdische Geflüchtete aus der Ukraine kämen oder es eher so sei, dass diese über die russischsprachige Verbindung kämen, da es hier ein Angebot gebe, auch ohne religiöse Bindung.

Frau Danziger erklärt, dass durch den Krieg etwa 50 jüdische Mitglieder hinzugekommen seien, insgesamt betreue man jedoch rund 200 Menschen aus der Ukraine, also etwa 150, die nicht jüdisch seien aber kämen. Einige habe man sogar anstellen können, diese haben Arbeit gefunden. Es spreche sich in der Stadt herum, dass es jemanden gebe, der russisch spreche und gerne helfe. Es kämen auch immer wieder Neue. Wenn man die Leute dann frage, wie man die Gemeinde gefunden habe, bekomme man die Antwort durch Mundpropaganda in verschiedenen Geschäften.

Herr Vernim bedankt sich und ergänzt, dass er die Führungen nur empfehlen könne, nicht nur da es kulturell und religiös interessant sei, sondern auch architektonisch. Die neue Jüdische Gemeinde sei wunderschön geworden, vor allem der Gebetsraum sei ein absolutes Highlight. Dies solle man auf jeden Fall auch einmal von innen und nicht nur von außen gesehen haben. Und er wolle noch erwähnen, dass Anfang nächster Woche das jüdische Neujahrsfest beginne und er die Gelegenheit nutzen wolle, schon mal im Vorfeld ein erfülltes neues Jahr zu wünschen.

Frau Danziger erklärt, dass es Montagabend beginne und man die Feiertage ja immer mit Sonnenuntergang am Abend vorher beginne und mit Sonnenuntergang am nächsten Tag seien diese beendet bzw. wenn es zwei oder drei Tage seien, dann dauere es entsprechend länger.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Danziger für die Beantwortung der Fragen und hofft, dass sie sich vorstellen könne, für die verbleibende Zeit, in der man noch bestehe, eventuell als beratendes Mitglied mitzuwirken. Dies müsse jedoch gesondert beschlossen werden, und man werde auf sie zukommen, wenn es so weit sei. Frau Lang bedankt sich zudem für die Übernahme der Beratung und Seelsorge für Menschen aus Kriegsgebieten. Die Fülle sei groß und werde von verschiedenen Institutionen übernommen, es sei jedoch sehr schön, wenn sich die Arbeit aufteile, um den Menschen vor Ort besser helfen zu können.

Frau Lang verabschiedet Frau Danziger. Man komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt. Frau Lang übergibt das Wort an Frau Ehrl.

## Top 2: Aktueller Bericht des Jobcenters Stadt Regensburg

Berichterstattung: Frau Ehrl Birgitt, Geschäftsführung

Frau Birgitt Ehrl stellt sich als Geschäftsführerin des Jobcenters der Stadt Regensburg vor. Sie erklärt, dass das Jobcenter für das Bürgergeld zuständig und eine steuerfinanzierte Leistung für bedürftige Menschen sei. Diese können einen Antrag stellen, woraufhin man die Bedürftigkeit prüfe und bei Vorliegen Unterstützung gewähre. Das Jobcenter sei eine Mischverwaltung: Es vollziehe Bundesaufgaben, wie den Vollzug des Bürgergelds und den Vollzug arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, sowie kommunale Aufgaben wie die Übernahme von Unterkunftskosten und sozialintegrativen Maßnahmen (zum Beispiel Schuldenberatung, psychologische Hilfe, Kinderbetreuung etc.)

Das Jobcenter bestehe aus zwei großen Abteilungen und weiteren kleineren Aufgabenbereichen. Die Leistungsabteilung sei für die Auszahlung des Bürgergelds und der Unterkunftskosten etc. zuständig. Sie nehme Neuansträge auf, prüfe und bewillige diese, sowie ggfls. weitere Leistungen und bearbeite laufende Fälle, solange die Leistungsbeziehenden im Bezug seien.

Die zweite große Abteilung nenne man „Markt und Integration“, welche für die Integration der Bürgergeldempfänger zuständig sei. Diese Menschen verfügen über vielfältige Ressourcen und Möglichkeiten, aber auch über verschiedene Problemlagen. Der originäre Auftrag sei, sie zu befähigen, ein selbstständiges Leben zu führen – am besten gelinge dies durch Integration in Arbeit, damit man wieder sein eigenes Geld verdiene und die Familie ernähren könne, was zu Selbstbewusstsein führe und man wieder teilhaben könne. Zugleich unterstütze die Abteilung Menschen mit vielfältigen verschiedenen Problemlagen, hier sei der Integrationsauftrag, zu versuchen, schrittweise Lösungen zu finden und diese wieder sozial zu integrieren und an ein gesellschaftliches Leben heranzuführen. Vom Gesetzgeber her habe man den Auftrag die Hilfebedürftigkeit – man spreche immer von Hilfebedürftigen - zu reduzieren und optimalerweise zu beenden.

Sie komme nun zu den Zahlen. Das Jobcenter sei das fünftgrößte in Bayern. Bürgergeldempfänger konzentrierten sich vor allem in den Städten, während es in den Landkreisen viele kleinere Jobcenter gebe. Insgesamt gebe es aktuell 4.586 Bedarfsgemeinschaften (Ein- bis Mehrpersonenhaushalte). Die Menschen, die in diesen Bedarfsgemeinschaften leben, nenne man entweder erwerbsfähige Leistungsberechtigte, also Menschen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Dies seien derzeit 6.688 Personen. Oder nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte wie Kinder, Schüler\*innen oder Mütter mit sehr kleinen Kindern oder Pflegeaufgaben usw. Dies seien 1.716 Personen.

Aus den genannten Zahlen seien zwei Zielgruppen wohl für den Integrationsbeirat besonders relevant. Eine davon umfasse Menschen aus acht Herkunftsländern, die ein abgeschlossenes und anerkanntes Asylverfahren und damit einen Anspruch auf Bürgergeld haben. Das Jobcenter arbeite dabei eng vernetzt mit Gemeinden, auch der Jüdischen Gemeinde und verschiedenen Behörden zusammen. Zu diesen Ländern gehören Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Aus diesen acht Hauptländern gebe es derzeit 870 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Früher seien es deutlich mehr gewesen, doch dank einer sehr guten Integrationsquote seien viele erfolgreich an den Arbeitsmarkt herangeführt und in Arbeit und Fachkräftetätigkeiten vermittelt worden.

Mit Stolz und Blick auf die erste Fluchtwelle von 2015 betont sie, dass die Situation damals sehr herausfordernd gewesen sei, da plötzlich viele Menschen auf einmal gekommen seien, gleichzeitig aber auch viele Menschen mit viel Potenzial. Man habe im Laufe der Jahre, und da müsse man erst einmal in Sprachförderung usw. investieren, ganz viele Menschen integriert. Dies sei ein großer Beitrag in Bezug auf Fachkräfte- und Arbeitskräftebedarf. Auch die Bundesagentur bestätige, dass viele Stellen derzeit mit Menschen mit Migrationshintergrund besetzt würden. Potenzial sei reichlich vorhanden, erfordere aber Zeit und gezielte Unterstützung.

2022 sei mit den Ukrainer:innen eine neue, sehr große Zielgruppe hinzugekommen. Man habe die bestehenden Instrumente und Vorgehensweisen, wie bereits 2015, angewandt und erneut Netzwerke und Flüchtlingskreise aktiviert. Da man inzwischen über ein großes Repertoire verfüge und Maßnahmen, die man kontinuierlich fortgeführt habe, habe man auch mit diesen Menschen zielgerichtet und -orientiert arbeiten können. Derzeit seien 1.254 ukrainische erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Bezug, davon 816 Frauen und 438 Männer. Auch hier habe man sehr stark reduziert, man merke, wie die Integrationen steigen, da die Sprache besser werde, der Zugang zum Arbeitsmarkt steige, es mehr anerkannte Berufsabschlüsse gebe und man zwischenzeitlich wisse, wie man weiterqualifizieren müsse usw. Es handle sich jedoch um einen laufenden und kontinuierlichen Prozess, der Zeit brauche. Dem Jobcenter Regensburg sei eine langfristige, dauerhafte berufliche Integration besonders wichtig; kurzfristige Ein- und Austritte brächten nichts. Man sei stolz auf eine dauerhafte Integrationsquote von 68 Prozent, hier stehe man im bundesweiten Vergleich relativ weit oben. Dies zeige auch, und darauf sei sie sehr stolz, die gute Qualität des Jobcenters, was mit den hervorragenden Mitarbeiter\*innen zusammenhänge.

Betrachte man alle Arbeitslosen, die man insgesamt habe, liege der Ausländeranteil bei 46,6 Prozent. Dies heiße, dass seit der Flüchtlingswelle 2015 der Anteil von Migranten im Bürgergeldbezug kontinuierlich gestiegen sei, weswegen man sich weiterentwickelt, gelernt und das arbeitsmarktpolitische Portfolio dementsprechend ausgerichtet und angepasst habe. Frau Ehrl weist darauf hin, dass Fragen gestellt werden können.

Eine Frage sei gewesen, wie die Arbeitsmarktvermittlung laufe. Originäre Aufgabe der Integrationsfachkräfte seien immer persönliche Beratungsgespräche. Neue Kund\*innen kämen zunächst in die Erstberatung, wo ein erstes kurzes Profiling erfolge. Dann schaue man, in welchen spezialisiertem Team des Jobcenters sie am besten aufgehoben seien. Hier habe man sehr differenzierte Teams, um passgenau bedienen zu können. Zu diesen sage sie später mehr, damit man sich ein wenig mehr darunter vorstellen könne. In der persönlichen Beratung werde ein Profiling erstellt, geschaut, welche Voraussetzungen die Menschen mitbringen und welche Maßnahmen geeignet seien. Dies seien sehr vielfältig, immer individuell an dem Menschen orientiert und würden in Zusammenarbeit mit Sozialträgern, Betrieben, Arbeitgebern, Beratungsstellen, Institutionen und verschiedenen Behörden in der Stadt umgesetzt, da es immer Schnittstellen bzw. -punkte gebe.

Es sei gefragt worden, wo man in der Arbeit mit Migrant\*innen an Grenzen komme. Dies seien teilweise rechtliche Rahmenbedingungen, etwa wenn es um Arbeitserlaubnisse und Aufenthaltsverfahren gehe, diese seien hochkomplex und schwierig und dauern teilweise auch länger. Entscheidungen müsse man abwarten und mögliche Zwischenschritte planen. Viele brächten zudem Abschlüsse mit, welche anerkannt werden müssten, damit man wisse, was der Abschluss wert sei, was man davon verwerten könne oder ob man noch eine Qualifizierung brauche. Diese Anerkennungsverfahren seien hoch kompliziert und langwierig. Es sei schon immer eine Forderung gewesen – und die Politik bemühe sich darum - diese Prozesse und auch Anerkennungsverfahren zu verkürzen. Erst dann wisse man, was man verwerten und was man weiterentwickeln könne. Dies sei ein Grundstock, um eine berufliche Integration einleiten zu können.

Man habe auch gefragt, welche Maßnahmen man anbiete. Da es sehr viele seien, werde sie ein paar Beispiele für Migrant\*innen benennen. „Perspektive D“ sei eine Maßnahme speziell für Menschen aus der Ukraine und unterstütze bei der Stellensuche, Bewerbung sowie bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und der Feststellung der berufsfachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten. Diese werden eng von einer Integrationsfachkraft begleitet, es werde auch immer Kontakt gehalten und nach Beendigung der Maßnahme werde geprüft, was sich bewegt habe und wie man mit der einzelnen Person weiterarbeiten könne.

Eine andere Maßnahme sei der „Erwerb von Grundkompetenzen“, eine Weiterbildungsmaßnahme zur Vertiefung allgemeiner und berufsbezogener Sprachkenntnisse. Wenn dies notwendig sei, greife man auf ein entsprechendes Maßnahmenportfolio zurück.

Man habe auch ein sehr großes Maßnahmenportfolio von Einzelcoachingmaßnahmen. Diese seien nicht so lange, aber dies seien Einzelcoachings mit dem Schwerpunkt zur Heranführung an den Arbeitsmarkt, zur Klärung individueller Problemlagen und zur Klärung, was man noch stärken müsse.

Hinzu kämen durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte Bildungsmaßnahmen, etwa in Lager/Logistik, im kaufmännischen Bereich, wo man Menschen qualifiziere und Teilqualifizierungen mache, dann auch prüfe, was dabei herauskomme und mit ihnen weiterarbeite. Dies sei nur ein kleines Spektrum an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die man jährlich auflege.

Sie betont, dass für den Integrationsprozess originär das Erlernen der deutschen Sprache wichtig sei. Jeder Arbeitgeber, auch in Helferbereichen, erwarte Grundkenntnisse. Für Qualifizierungen brauche es ein höheres Sprachniveau. Denn man wolle ja, dass die Menschen die Prüfungen, die Ausbildung, das Studium oder Teilqualifikationen bestehen. Dies sei Praxis und Theorie. Daher sei es wichtig, dass die Teilnehmenden der Integrations- und Berufssprachkursen auch neben den Kursen, zu Hause Deutsch und nicht nur Muttersprache sprechen. Dass man übe, in die Sprache hineinkomme, sei das Grundelement der Arbeitsmarktintegration vor Ort. Dies sei wichtig, sie bittet darum, dafür zu werben und weiterzugeben. Man unterstütze dies gern, erwarte aber auch, dass die Menschen selbstständig lernen und üben. Dies könne sie nur dringendst empfehlen.

Wenn Menschen erkennbares Potenzial mitbrächten und man in die Qualifizierung komme oder einen teilweise anerkannten Berufsabschluss habe, kommen sie in das spezielle Team, der Qualifizierungsberatung. Dieses Team habe enge Kontakte zu Arbeitgebern und kenne die Anforderungen von Umschulungen, Teilqualifizierungen usw. Dieser Bereich sei sehr komplex, daher werden die Menschen individuell beraten und begleitet.

Wenn erkennbar sei, dass eine Person, direkt in den Arbeitsmarkt integriert werden könne und eine Qualifizierung keinen Sinn mache, gehe diese direkt in den Arbeitsvermittlungsservice. Dieser eigene Service arbeite eng mit Arbeitgebern zusammen und kenne die Stellenangebote. Gemeinsam werde dann mit den Menschen versucht, eine Stelle zu finden. In zwei Wochen finde beispielsweise wieder eine Jobmesse für Personen aus dem Jobcenter statt. Diese mache man gemeinsam mit dem Jobcenter Landkreis, um mehr Arbeitgeber vor Ort zu haben. Man lade die Menschen vorher ein und terminiere diese für Gespräche, bei denen sie direkt mit den Arbeitgebern sprechen können. Dies sei ein buntgemischtes Portfolio, das immer auch weiterentwickelt und hinterfragt werden müsse, ob die Maßnahmen gut seien, man nächstes Jahr anderes auflegen müsse oder sich neue Bedarfe ergeben. Man arbeite auch sehr eng mit Arbeitgebern - da man auch viele Qualifizierungsmaßnahmen direkt beim Arbeitgeber habe -, sowie mit Bildungsträgern zusammen.

Für Menschen, die besonderen Unterstützungsbedarf brauchen, weil sie wirklich viele Problemlagen mitbrächten, habe man ein eigenes Team, diese nenne man Fallmanager. Diese Mitarbeiter seien speziell darauf qualifiziert, hätten auch eine geringere Anzahl an Kunden, die sie betreuen und so mehr Zeit, intensiver mit diesen zu arbeiten.

Dazu gebe es noch ein Jugendteam. Jugendliche und junge Erwachsene bis 25 bzw. 30 Jahre bilden eine Fokusgruppe, da man diese als Chance und Ressource, die man fördern müsse, sehe. Insbesondere junge Migrant\*innen sollen gefördert und möglichst in Ausbildung vermittelt werden, um ihnen echte Zukunftsaussichten zu geben, statt sie in schnelle Jobs zu drängen. Der Weg dahin sei oft mühsam für die Jugendlichen, mit Sprachkursen, Übungsphasen und schließlich dem Einstieg in die Ausbildung. Daher brauche es immer wieder Motivation und Unterstützung.

Man habe nach speziellen Maßnahmen für geflüchtete Frauen gefragt. Im Jobcenter gebe es ein Erziehenden-Team, das das frühere Alleinerziehenden-Team ersetzt habe, da es auch erziehende Männer gebe. Das Team sei wegen anderer Herausforderungen extra gegründet

worden, wie Kinderbetreuung und Erziehungsschwierigkeiten und habe entsprechend geschulte Mitarbeiter\*innen. Hier mache man keine Unterscheidung, betreut würden Erziehende egal welcher Herkunft. Für diese Zielgruppe gebe es spezielle Maßnahmen, darunter auch Frauenmaßnahmen zur gezielten Förderung.

Es sei nach der Interkulturalität im Jobcenter und den Teamzusammensetzungen gefragt worden und ob es Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund gebe. Frau Ehrl erklärte, dass es solche Mitarbeiter\*innen gebe, die bei der Arbeit mit Migrant\*innen behilflich seien. Gleichzeitig erwarte man, wenn man Integrations- und Berufssprachkurse ermögliche, dass die Kund\*innen Deutsch sprächen. Man habe bewusst keine Dolmetscher im Jobcenter, sondern technische Übersetzungshilfen, mit denen man die Erfahrung mache, dass diese gut funktionieren. Man hole sich eventuell Dolmetscher, wenn es etwa um Dokumente usw. gehe und man auch eng mit dem Integrationsamt zusammenarbeite. Man habe dies aber wirklich wieder reduziert, um die Integration in Sprache, Kultur und Arbeitsmarkt zu fördern.

Auch habe man, als man sehr viele Ukrainer bekommen habe, ein spezialisiertes Team eingerichtet, welches man auch nicht aufgelöst habe, da dieses Team jetzt eingearbeitet sei, die Zielgruppe kenne und wesentlich besser arbeiten könne.

Es sei gefragt worden, ob die Mitarbeiter\*innen regelmäßig zu interkultureller Sensibilität, wie man mit Menschen umgehe, geschult würden. Frau Ehrl bestätigte dies, insbesondere Integrationsfachkräfte würden regelmäßig geschult, da Menschen mit Migrationshintergrund bereits 50 Prozent der Bürgergeldempfänger ausmachten. Man arbeite multikulturell und müsse auch die teils schweren Fluchterfahrungen der Menschen im Prozess mitberücksichtigen.

Es sei nach Ermessensspielräumen gefragt worden, die oft unterschiedlich definiert und interpretiert würden. Leistungsrechtlich gebe es keine Ermessensspielräume. Frau Ehrl erklärt, dass das Leistungsrecht im SGB II hochkomplex sei und man versuche, es so gut wie möglich umzusetzen. Am Beispiel des Zuflussprinzips erklärt Frau Ehrl, dass etwa Steuerrückerstattungen im Monat des Zuflusses angerechnet würden, dies sei gesetzlich klar geregelt. Ermessensspielräume bestünden hingegen bei arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen. Jedes Jahr mache man ein Portfolio an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, was man den Menschen anbieten könne und wieviel Geld zur Verfügung stehe. Jede Integrationsfachkraft entscheide in ihrem Ermessen innerhalb rechtlicher Vorgaben und einer einheitlichen Umsetzung von Weisungen, an die man gebunden sei, welche Fördermaßnahme individuell für eine Person die richtige sei. In diesem Rahmen bewege man sich.

Dann habe es noch die letzte Frage gegeben, welche Ziele ein Jobcenter verfolge. Sie erläutert, dass jährlich Zielvereinbaren zur Integrationsquote und zum Langzeitbezug festgelegt werden. Man habe ein Controllingssystem, werde gebenchmarkt und verglichen. Man sei eine öffentliche Behörde, die sehr betriebswirtschaftlich arbeite. Dieses Jahr sei eine sehr ambitionierte Zielplanung vereinbart worden, deren Ziele seit dem letzten Monat erreicht worden seien, was den Menschen zugutekomme.

Um die Integrationsquote greifbarer zu machen, erklärt Frau Ehrl am Beispiel der Integrationsquote Ukraine. Mitte des Jahres liege diese bei 13,8 Prozent, bei Frauen bei 13,7 Prozent, was einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspreche. Bei den acht Herkunftsländern habe man letztes Jahr eine sehr hohe Integrationsquote gehabt, aktuell betrage diese 19,3 Prozent, was auch eine Steigerung zum Vorjahr sei. Darauf sei man stolz und daran sehe man, dass Menschen Potenziale mitbrächten und man sie mit der Zeit, mit guter Unterstützung integrieren könne.

Frau Lang schildert einen aktuellen persönlichen Fall, den sie kenne. Hier gehe es um eine Studentin, die arbeite, Deutschkurse mache und bei der es um Fiktionsbescheinigung bzw. den Aufenthaltstitel gehe, nicht um die Anerkennung. Hier sei dies lokal von der Agentur für Arbeit abgesegnet und dann an Frankfurt weitergeschickt und abgelehnt worden.

Frau Ehrl erklärt, dass Einzelfälle generell schwierig zu beantworten seien und man sich diese immer genau anschauen müsse. Allerdings mache sie zu Aufenthaltsfragen keine Aussagen, da dies eventuell andere Behörden betreffe und damit außerhalb des Kompetenzbereiches des Jobcenters liege. Man sei nur für die Menschen im SGB II zuständig. Wenn es um solche Fragen gehe, könne man sich an die Agentur für Arbeit in Regensburg wenden, denn diese sei auch für berufliche Beratungen etc. zuständig.

Herr Vernim ergänzt, dass bei Fragen zum Aufenthaltsrecht die Migrationsfachdienste unterstützen. Je nach Herkunft sei die Flüchtlings- und Integrationsberatung in Regensburg oder auch andere Migrationsdienste, beispielsweise die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, zuständig. Hier gebe es auch Unterstützung zu aufenthaltsrechtlichen Fragen.

Frau Shahedi bedankt sich bei Frau Ehrl für ihren Bericht. Sie fragt nach, ob es neben der Unterstützung bei der Ein- bzw. Weiterleitung von Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen oder Abschlüsse, auch finanzielle Unterstützung gebe.

Frau Ehrl erklärt, dass es sich hierbei um eine diffizile Frage handle, inwieweit man Kosten übernehme oder nicht, deren Beantwortung sie gerne nachliefern könne.

Herr Wolbergs ergänzt, dass das Jobcenter jeden Einzelfall prüfe und auch finanzielle Unterstützung biete. Beispielsweise übernehme es die Kosten für die Übersetzung von Diplomen im Anerkennungsverfahren, wenn jemand mit Migrationshintergrund im Bürgergeldbezug sei. Der Bürgergeldempfänger müsse drei Angebote von Übersetzungsbüros einholen, und das Jobcenter entscheide, welches beauftragt werde.

Ein weiteres Problem seien die komplizierten Anerkennungsverfahren, besonders bei akademischen Berufen, die über verschiedene Stellen, beispielsweise über die deutsche Kultusministerkonferenz, liefen. Dies führe dazu, dass die Anerkennung in Deutschland oft sehr schwierig sei und ein Stück weit konterkariert werde, was der Gesetzgeber eigentlich wolle. Ein Vergleich mit Polen zeige, dass dort viele Ukrainer in Jobs arbeiten, die ihren Qualifikationen nicht entsprächen, was in Deutschland anders gehandhabt werde – hier wolle man die Leute nachhaltig in Beschäftigung bringen, möglichst ihrer Qualifikation entsprechend.

Die Kolleg\*innen im Jobcenter versuchten wirklich alles, stoßen aber gerade bei Anerkennungsverfahren auf solche Hürden. Hier müsse sich in Deutschland, was das Thema Anerkennung betreffe, noch sehr viel ändern. Speziell bei Ukrainern könne er über viele Einzelfälle berichten, in denen qualifizierte Fachkräfte, wie Zahnärzt\*innen, in Deutschland keine Anerkennung bekämen, obwohl sie jahrelange Berufserfahrung in der Ukraine haben. Dies könne Deutschland sich eigentlich nicht leisten.

Frau Ehrl ergänzt, dass es im Jobcenter für Menschen mit akademischem Abschluss, bei denen ein Studium vorliege oder qualifizierte Fachkräfte wie beispielsweise Ärzt\*innen, ein eigenes Akademikerteam gebe. Also Spezialist\*innen, die diese Herausforderungen, die Herr Wolbergs geschildert habe, anerkennen und mit den Menschen arbeiten. Auch wenn man sich das immer alles einfach vorstelle, jeder Bereich im Jobcenter sei komplex.

Herr Cetinkaya bedankt sich für den informativen Vortrag. Er fragt nach, wie man sicherstelle, dass Menschen mit geringen Deutschkenntnissen oder niedrigem Bildungsniveau ihre Rechte und Pflichten verstünden und das, was ihnen zustehe auch beantragen können. Er fragt, ob es hier Formulare in verschiedenen oder in einfacher Sprache gebe.

Er fragt nach, ob Mitarbeiter, die Migrationserfahrungen haben, in der jeweiligen Sprache der Geflüchteten über ihre Rechte aufklären könnten.

Er möchte wissen, was an dem „Team Ukraine“ besonders sei, ob man mit diesen Menschen russisch oder ukrainisch sprechen könne und warum es diese Unterscheidung gebe.

Abschließend fragt er, ob die unkomplizierte Aufnahme der Menschen aus der Ukraine auf andere Geflüchtete übertragen werden könne. Er möchte wissen, welche Erfahrungen man da gemacht habe und ob diese den Zugang ins Arbeitsleben erleichterten. Er möchte wissen, ob es nicht möglich wäre, auch für Menschen in Lagern, die nicht arbeiten dürften und oft psychische oder andere Probleme hätten, eine Lösung zu finden.

Frau Ehrl erklärt, dass die Anträge auf Bürgergeld in verschiedenen Sprachen auf der Homepage zum Download bereitstünden. Man setze sehr stark auf die digitale Komponente, aber man sehe auch, dass Menschen kommen, die an ihre Grenze kämen, Probleme und Fragen haben. Deswegen gebe es täglich von 8 bis 12 Uhr und donnerstags nachmittags, für Berufstätige, persönliche Sprechzeiten in der Eingangszone. Menschen, egal welcher Herkunft, die Beratung brauchen oder einen Antrag stellen wollen, können dort einen Termin bekommen. Hier habe man extra ein flexibles System.

Sie betont, dass es in Regensburg viele Beratungsstellen gebe, die teilweise von der Stadt finanziert werden, wie Sozial- und Asylberatungsstellen. Auch das Integrationsamt unterstütze, man arbeite eng mit diesen Stellen zusammen und empfehle diese auch. Für die Telefonberatung gebe es kein Servicecenter. Im Jobcenter erhielten die Leistungsbezieher die direkten Telefonnummern ihrer Sachbearbeiter, die ihren Fall kennen.

Es werde nicht erwartet, dass perfekt Deutsch gesprochen werde, aber man erwarte die Bereitschaft, die Sprache zu lernen, was ein Unterschied sei. Die Menschen, die neu kommen, erhielten einen Integrationskurs, der vom Bundesamt für Migration bezahlt werde und wo man erwarte, dass die Menschen hingehen und versuchen, so viel wie möglich zu lernen. Dann gebe es auch noch zusätzliche Sprachmaßnahmen, um das Lernen zu intensivieren. Zu Beginn der Ukraine-Krise habe man zwei Dolmetscher\*innen gehabt, die behilflich gewesen seien. Eine flächendeckende Dolmetscherfinanzierung sei nicht möglich, da dies zu viel Geld koste. Man müsse mit verfügbaren Mitteln haushalten, um Personal, Fördermaßnahmen etc. zu finanzieren.

Sie erhalte von ihren Mitarbeitern nicht die Rückmeldung, dass die Sprache ein Problem sei. Am Anfang habe man Dolmetscher eingesetzt, da viele Ukrainer kein Deutsch sprechen, auch mit dem Integrationsamt habe man zusammengearbeitet und teilweise auch Dolmetscher eingestellt. Nach Durchlaufen der Integrationskurse erwarte man aber bestimmte Grundkenntnisse.

Das Bürgergeld sei als Geben und Nehmen aufgebaut. Man schaue, was dieser Mensch mitbringe, wo er Förderung und Unterstützung brauche. Man erwarte aber auch, dass dieser bestmöglich versuche, im Rahmen seiner Möglichkeiten, die teilweise sehr niederschwellig und auch höher sein können, das einzubringen, was für ihn derzeit möglich sei. Dies nenne man den Grundsatz „Fördern und Fordern“, der politisch diskutiert werde. Es sei ein Geben und Nehmen und ein Prozess zwischen Integrationsfachkraft oder Leistungssachbearbeiter und dem betroffenen Menschen und könne nur funktionieren, wenn man versuche zusammenzuarbeiten, mit allen Höhen und Tiefen.

Frau Ehrl erklärt, dass sie Mitarbeiter mit Migrationshintergrund habe, diese aber auch in der Integrationsarbeit Deutsch sprechen. Sie bekomme keine Rückmeldungen zu Sprachproblemen, was für sie bedeute, dass es sich gut eingespielt habe. Bei der Übersetzung von Dokumenten oder rechtlich wichtigen Dingen ziehe man Übersetzungsdienste und Dolmetscher hinzu. In Krisenfällen, wenn Menschen hilflos seien und große Problemlagen haben, werde ein\*e Mitarbeiter\*in mit entsprechender Sprachkenntnis hinzugezogen.

Frau Ehrl erklärt, dass sehr schnell viele Menschen aus der Ukraine gekommen seien und man gemerkt habe, dass man eine klare Struktur benötige, was bei einer Verteilung auf viele Integrationsfachkräfte nicht möglich sei. Deshalb sei, ähnlich wie 2015 für anerkannte Asylbewerber, ein eigenes Fluchtteam eingerichtet worden. So könne man sich besser auf Mentalität, Kultur einlassen und ganz anders mit den Menschen arbeiten. Es gebe eine einheitliche Linie, statt widersprüchlicher Informationen. Dieses Team bleibe bestehen, solange der Bedarf da sei; wenn nicht, werde es aufgelöst, da dann die Mitarbeiter\*innen dringend woanders gebraucht werden.

Anfangs habe sie erklärt, dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen kämen und die Ukraine kulturell näher liege, dies aber keine Rolle spiele. Dies sei ein Bestandteil der Arbeit, ob jemand aus dem Iran, Irak, Odessa oder Deutschland komme, sei egal. Ziel sei, den Bezug von Bürgergeld zu reduzieren bzw. zu beenden und durch Arbeit ein eigenständiges Leben zu ermöglichen. Diese Zielsetzung gelte für alle. Sie hoffe, damit alle Fragen beantwortet zu haben.

Herr Wolbergs kritisiert, dass durch unterschiedliche Schutzstatus Flüchtlinge erster und zweiter Klasse entstanden seien. Ukrainer seien auf europäischer Ebene nach der Massen-

zustrom-Richtlinie (§ 24 AufenthG, Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz) privilegiert, während andere Geflüchtete das Asylverfahren durchlaufen müssten. Problematisch sei der kurzfristige Wechsel der Ukrainer Mai/Juni 2022 vom Asylbewerberleistungsgesetz in den Jobcenter-Rechtskreis gewesen, wodurch über Nacht zweitausend Fälle zu bewältigen gewesen seien. Die nun geplante Rückkehr neu ankommender Ukrainer in den Asylbewerberleistungsbezug halte er für falsch, da dies nur Kosten verlagere und Sozialämter überfordere.

Für das Jobcenter Regensburg bestätigt er, dass Leistungsberechtigte trotz Sprachbarrieren umfassend informiert und korrekt versorgt würden, wie zum Beispiel der Alleinerziehenden Zuschlag, auf welchen sie durch die Jobcenter aufmerksam gemacht worden seien. Er befürworte das aktuelle System und plädiere dafür, dass auch andere Geflüchtete in den Jobcenter-Bezug kämen. Deutschland leiste im europäischen Vergleich außergewöhnlich viel, etwa durch Wohnkostenübernahme und bezahlte Integrationskurse. Wer diese Leistungen erhalte, müsse im Gegenzug zur Integration beitragen – was die große Mehrheit auch tue. Die Debatte um Flüchtlinge erster und zweiter Klasse sei daher seiner Ansicht nach politisch berechtigt.

Frau Rist-Kaip berichtet von einer hochqualifizierten Doktorandin, die 2020 trotz exzellentem Abschluss und guter Integration wegen fehlender Leistungsansprüche beim Jobcenter Regensburg lediglich den Hinweis erhielt, man könne höchstens die Rückfahrt ins Herkunftsland bezahlen. Daraufhin verließ sie mit ihrer Familie Deutschland. Frau Rist-Kaip stellt dies ihrer eigenen positiven Jobcenter-Erfahrung 2008 gegenüber und fragt nach Beschwerdemöglichkeiten, sowie nach sensiblerer Kommunikation, insbesondere bei gut integrierten Fachkräften. Frau Rist-Kaip betont, dass weniger die Rechtslage als die Art der Kommunikation problematisch gewesen sei und plädiert für interkulturelle Schulungen.

Frau Ehrl erläutert die formalen Wege: Widerspruch gegen Bescheide, Klage vor dem Sozialgericht sowie schriftliche Beschwerden, die über das Kundenreaktionsmanagement bearbeitet werden. Leistungen seien an gesetzliche Voraussetzungen gebunden. Sie weist darauf hin, dass ohne genaue Kenntnis des Einzelfalls keine Bewertung möglich sei. Sie bitte um Verständnis, dass sie keine allgemeinen Aussagen mache. Beschwerden könnten geprüft werden, wenn beide Seiten angehört würden.

Herr Paquay erkundigt sich nach der Zahl der Aufstocker, auch mit Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund, da er davon ausgehe, dass diese oft im Niedriglohnsektor tätig seien.

Frau Ehrl betont, dass Aufstockung sehr unterschiedlich zu bewerten sei. Zum einen gebe es Personen im Bezug von Arbeitslosengeld I, dessen Höhe nicht ausreiche, sodass ergänzend Bürgergeld, etwa für Unterkunftskosten, gezahlt werde. Diese würden zunächst von der Agentur für Arbeit betreut und gingen nach Ablauf des Arbeitslosengeld I in den Integrationsprozess beim Jobcenter. Zum anderen gebe es Erwerbstätige, oft mit Familie, deren Einkommen nicht für die Lebenshaltungskosten reiche und die daher ergänzend Bürgergeld beziehen. Der Anteil dieser Gruppe sei jedoch nicht so hoch wie oft angenommen, die konkreten Zahlen habe sie aber jetzt nicht da.

Häufig betroffen seien auch Frauen mit Kindern beim Berufseinstieg, etwa in Minijobs oder Teilzeit. Frau Ehrl hält es für legitim, bei unzureichendem Einkommen Bürgergeld zu beantragen. Diese Menschen würden betreut und, wenn möglich, zur Ausweitung ihrer Arbeitszeit unterstützt. Auch Personen mit vielen Problemlagen oder gesundheitlichen Einschränkungen profitierten von Teilzeitarbeit. Es gebe Struktur, stärke das Selbstbewusstsein, man komme aus der Wohnung heraus und habe eine Aufgabe. Diese Gruppe werde aber nicht gesondert behandelt, sondern individuell gefördert. Manchmal sei es so, dass ein Mensch einfach nur zehn Stunden oder 15 Stunden in der Woche arbeiten könne, dies sei dann eben so.

Frau Lang bedankt sich bei Frau Ehrl. Sie bemerkt, dass es vielleicht Sinn mache, einen regelmäßigen Austausch einmal im Jahr zu etablieren mit ihr bzw. ihrem Nachfolger. Vielleicht könne Frau Ehrl dies als Anregung mit in die Behörde nehmen. Frau Lang freut sich jetzt auf die Vorstellung des Inklusionszirkels „Flucht.Migration.Behinderung“ und übergibt das Wort an Frau Goldberg.

### **Top 3: Vorstellung des Inklusionszirkels „Flucht.Migration.Behinderung“**

Berichterstattung: Frau Goldberg Anna, EUTB Oberpfalz Süd

Frau Goldberg bedankt sich für die Einladung und stellt den Inklusionszirkel „Flucht.Migration.Behinderung“ vor. Sie arbeite seit 2018 bei der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) und war zuvor in der Migrationsberatung tätig. Dabei habe sie festgestellt, dass es an der Schnittstelle von Behinderung und Migration wenig Wissen und Unterstützung gebe. Zusammen mit „handicap international“ habe man 2019 eine große zweitägige Auftaktveranstaltung zum Thema Migration und Behinderung organisiert.

Aufgrund des großen Interesses wurde anschließend der Inklusionszirkel gegründet, um die Vernetzung in und um Regensburg voranzutreiben. Der Zirkel sei Teil der bestehenden Inklusionszirkel und man sei Mitglied im Inklusionsbeirat der Stadt Regensburg.

Der Zirkel treffe sich mehrmals jährlich und sei ein Netzwerk aus verschiedenen Fachkräften, Betroffenen und ehrenamtlich Tätigen. Ziel sei es, die Situation und Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung und Flucht- und Migrationserfahrung zu verbessern. Dieser Zirkel solle eine Plattform sein für fachlichen Austausch, Fachvorträge, Workshops und Projekten. Als Beispiel habe man etwa ein Speeddating zwischen Beratungsstellen aus dem Bereich Migration und Inklusion und einen Vortragsabend zum Thema „Geflüchtete und Behinderung – eine doppelte Ausgrenzung?“ veranstaltet.

2022 habe der Zirkel den Inklusionspreis des Bezirks Oberpfalz (3.000 Euro) gewonnen. Mit dem Preisgeld habe man einen Kongress zum Thema Arbeitsmarktzugänge für Geflüchtete mit Behinderung organisiert. Dieser finde nächsten Donnerstag statt und werde auch vom Integrationsbeirat Regensburg finanziell unterstützt, worüber sie sich freue und ganz herzlich für die Unterstützung bedanke. Die Einladung befinde sich auch in dem mitgebrachten Flyer und man könne sich noch bis morgen anmelden.

Der Kongress umfasse Grußworte von Holger Kiesel, dem Beauftragten für Belange von Menschen mit Behinderung der Bayerischen Staatsregierung und Karl Straub, dem Integrationsbeauftragten. Claire Deery komme als Hauptrednerin, die Geschäftsführerin vom niedersächsischen Flüchtlingsrat, sowie Silvia Floris aus dem „NIFA plus – Netzwerk zur beruflichen Teilhabe von Geflüchteten“, sowie eine Betroffene, die aus ihrer persönlichen Geschichte erzähle, welche Erfahrungen sie gemacht habe. Es werde dann ein World-Café, einen Workshop, am Nachmittag geben. Die Ergebnisse sollen festgehalten, dokumentiert und in einer Broschüre sichtbar gemacht und an die Teilnehmenden und Interessierten verschickt bzw. weitergeleitet werden.

Das Moderationsteam des Inklusionszirkels bestehe aus ihr, Sophia Neidhardt (Campus Asyl), Lydia Keil (Integrationsstelle Landratsamt) und Sylvia Gut-Artemiak (Lebenshilfe). Es sei eine gute Mischung. Sie freue sich über den anhaltend großen Zulauf mit bis zu 40 Teilnehmenden, die hohe Relevanz des Themas und die Verstärkung seit der Gründung 2020.

Frau Lang bedankt sich für die gemeinsame Umsetzung des Projekts. Der große Zulauf zeige, dass ein wichtiger Nerv getroffen werde. Gerade die Vereinigung beider Themen sei besonders schwierig. Sie frage nach weiteren Wortmeldungen.

Herr Cetinkaya erkundigt sich, da es ein Inklusionszirkel mit Betroffenen sei, wie und wann diese auf das Angebot aufmerksam würden und ob man in Örtlichkeiten gehe, in denen die Betroffenen untergebracht seien.

Frau Goldberg erklärt, dass die Beteiligung von Betroffenen bislang gering sei, trotz Bemühungen es mit leichter Sprache und möglichst niedrigschwellig zu gestalten. Die Werbung könne noch ausgebaut werden, Flyer könnten mitgegeben werden. Sie betont, dass die Einbindung Betroffener gewünscht, aber die Beteiligung eher niedrig sei.

Herr Cetinkaya regt an, sich verstärkt mit Organisationen und Beratungsstellen für Geflüchtete auszutauschen, damit diese auch aufmerksam machen.

Frau Goldberg ergänzt, dass dies bereits über Campus Asyl und die Integrationsstelle erfolge, man dies aber gerne aufnehme. Sie hoffe auf mehr Zulauf durch den Kongress und falls man Werbung machen könne, man dies gerne mache.

Herr Vernim fragt nach, ob man beziffern könne, woher die Menschen in der Beratung der EUTB kommen. In den letzten zwei Jahren habe man viel von den Menschen aus der Ukraine wahrgenommen, durch Zuzüge von älteren und auch von Menschen mit Behinderungen. Er fragt, ob es Zahlen zur Anzahl der Betroffenen im Raum Regensburg und zu deren Herkunft gebe, wissend, dass viele Fälle nicht erfasst würden.

Frau Goldberg berichtet, dass im letzten Jahr rund 40 % der Klient\*innen einen Migrationshintergrund hatten. Im Landkreis in den Stellen Cham und Schwandorf sehe dies ganz anders aus. In Regensburg könne man den gut ausgebauten Dolmetscherpool nutzen, was sehr helfe. Diesen gebe es zwar im Landkreis auch, aber nicht mit so vielen Sprachen.

Auffällig sei zudem eine starke Zuwanderungswelle, insbesondere aus der Ukraine ab 2022, mit vielen Menschen mit Behinderung, die die Beratungsstelle zeitweise fast überrannt habe. Ansonsten kämen außerdem Menschen aus dem Iran, Irak und Syrien sowie auch aus anderen europäischen Ländern. Statistisch werde der Migrationshintergrund, nicht jedoch die Herkunftsländer erfasst.

Herr Sbirkov fragt nach, ob bei ukrainischen Flüchtlingen auch psychische Beeinträchtigungen als Behinderung gelten, ob es dafür Psychologen im Team gebe und ob diese Menschen im Kreis berücksichtigt würden.

Frau Goldberg erläutert, dass dies ein guter Hinweis sei und viele Geflüchtete stark belastet seien. Zwar gebe es eine Psychologin im Team, man könne jedoch keine therapeutische Hilfe leisten, sondern unterstütze vor allem bei Anträgen jeglicher Art und der Lebensorganisation. Psychosoziale Angebote in Regensburg seien begrenzt und kaum muttersprachlich, weshalb Betroffene nicht adäquat versorgt seien. Das Thema psychosoziale Unterstützung für Geflüchtete sei schon lange und oft in Regensburg thematisiert worden. Sie wisse es gebe diese Caritas Fachstelle für traumatisierte oder psychisch belastete Menschen, aber so richtig viel Angebot gebe es leider nicht. Seelische Unterstützung könne daher nur eingeschränkt erfolgen, oft stehe das Körperliche im Vordergrund.

Frau Lang verabschiedet Frau Goldberg und wünscht viel Erfolg für nächste Woche. Man komme nun zum nächsten Tagesordnungspunkt.

## **Top 5: Interkulturelle Wochen 2025**

Berichterstattung: AG Veranstaltungsorganisation

Frau Lang berichtet, dass die Interkulturellen Wochen bereits am letzten Samstag begonnen und im M26 schon mehrere Veranstaltungen stattgefunden hätten. Sie bittet alle, das Programmheft durchzusehen und möglichst häufig an Veranstaltungen teilzunehmen. Über ihre eigene Anwesenheit im M26 am Samstag habe man sich sehr gefreut. Sie fordert dazu auf hinzugehen und sich als Mitglied des Integrationsbeirats zu erkennen zu geben, da dies eine Wertschätzung für die Kooperationspartner darstelle.

Anschließend berichtet Herr Cetinkaya, dass man stolz sei, dieses Jahr ein umfangreiches Programm mit 39 Veranstaltungen verschiedenster Art zu haben, darunter kulinarische, musikalische Veranstaltungen, Filmvorführungen, Virtual Reality und politische Themen. Er weist auf drei Veranstaltungen mit Beteiligung des Integrationsbeirats hin: die Auftaktkundgebung am Samstag mit buntem Kulturprogramm, Informationsständen der Kooperationspartner\*innen und Kulinarischem, die Ausstellung im Amt für Integration und Migration „10 Jahre Integrationsbeirat der Stadt Regensburg“, sowie eine Veranstaltung am 24. September zusammen mit dem Evangelischen Bildungswerk e. V. zum Thema „Macht und Rassismus im migrantischen Kontext“ mit Hamado Dipama. Er betont, dass man dieses Jahr „50 Jahre Interkulturelle Wochen“ und das Jubiläum habe und dankt allen Kooperationspartner\*innen und auch für die Unterstützung der geschäftsführenden Stelle, die da viel Energie und Arbeit hineingesteckt habe.

Frau Lang bedankt sich abschließend und bittet erneut um möglichst zahlreiches Erscheinen sowie darum, sich vor Ort als Integrationsbeirat kenntlich zu machen. Frau Lang kommt zum nächsten Punkt und übergibt das Wort an Herrn Vernim.

## **Top 6: 10jähriges Jubiläum des Integrationsbeirats**

Berichterstattung: Vorstand, Amt für Integration und Migration

Herr Vernim erinnert an die Einladung zur 10-Jahresfeier und bittet um zahlreiches Erscheinen. Bisher hätten sich nur fünf Beiratsmitglieder angemeldet, es gebe noch freie Plätze. Er kündigt mehrere Ehrengäste, darunter die AGABY Vorsitzende Mitra Sharifi-Neystanak, die Oberbürgermeisterin und den Integrationsbeauftragten der bayerischen Staatsregierung Karl Straub mit Grußworten an, Hamado Dipama mit einem interessanten Vortrag, sowie Frau Graser von BMW, die die Interkulturellen Wochen sponsern, Bürgermeisterin Astrid Freudenstein und auch die Bildungsreferentin der Stadt haben sich angemeldet. Es werde Musik, einen Rückblick auf zehn Jahre Integrationsbeirat und Kulinarisches geboten. Die Feier finde am 10. Oktober 2025 statt, Einlass sei ab 15:30 Uhr mit Willkommensdrink, Beginn sei um 16:00 Uhr. Er betont, dass eine Anmeldung erforderlich sei.

Frau Lang bedankt sich bei allen Mitwirkenden und betont, dass das Jubiläum eine Anerkennung für das große ehrenamtliche Engagement sei, das auch privat viel abverlange, weswegen man sich auch ein wenig feiern dürfe.

## **TOP 7: Beschluss: Bereitstellung von Informationsmaterial gegen Falschaussagen in Bezug auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte**

Berichterstattung: AG Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung  
Beschlussvorschlag s. Anlage

Frau Lang kommt zum nächsten Tagesordnungspunkt und erwähnt, dass dafür heute auch die Mittelbayerische Zeitung anwesend sei. Sie übergibt das Wort an Herrn Wiesmann, der für die AG Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung den Antrag einbringt.

Er weist auf verbreitete Falschaussagen hin wie Geflüchtete nähmen den Wohnraum weg, Ausländer seien krimineller als Deutsche, Asylbewerber bekämen mehr Sozialleistungen als andere. Diese würden insbesondere im Wahlkampf gezielt gestreut, um Migrant\*innen zu diffamieren. Im vergangenen Bundestagswahlkampf sei dies in besonders drastischer Weise zu beobachten gewesen und es stehe zu befürchten, dass im anstehenden Kommunalwahlkampf gegen Menschen mit Migrationsgeschichte Stimmung gemacht werde. Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, derartigen populistischen Anschuldigungen proaktiv mit sachlichem Informationsmaterial entgegenzutreten. Vorgeschlagen werde, eine Anfrage an die Fachstelle für Demokratie der Stadt München zu stellen, ob Inhalte der Flyer-Serie „Fakten gegen Fake News“ übernommen und an die Regensburger Situation angepasst werden können. An geeigneter Stelle solle langfristig eine digitale Bereitstellung erfolgen. Die AG biete bei Erstellung der Flyer Unterstützung an.

Frau Lang begrüßt den Ansatz, verweist auf bestehende städtische Online-Faktenformate auf Instagram und fragt, ob es hierzu noch weiterer Aussprache bedürfe. Dies ist nicht der Fall.

## **I. Beschlussvorschlag**

Der Integrationsbeirat fordert die Stadt Regensburg auf, in Anlehnung an die Flyer-Serie „Fakten gegen Fake News“ der Fachstelle für Demokratie der Stadt München, Informationsmaterial gegen Falschaussagen in Bezug auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte zu erstellen. Diese Flyer sollen in gedruckter Form oder als Download zur Verfügung gestellt werden.

## **II. Begründung**

In den vergangenen Wahlkämpfen, insbesondere im letzten Bundestagswahlkampf stand das Thema Flucht und Migration im Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung. Dabei wurde die Debatte immer wieder mit populistischen Anschuldigungen gegen Geflüchtete und Migrant\*innen angeheizt. Es steht zu befürchten, dass auch im kommenden Kommunalwahlkampf Geflüchtete und Menschen mit Migrationsgeschichte mit gezielten Falschaussagen in Bezug auf Kriminalität, Sozialleistungen, Arbeit und Wohnen diffamiert werden. Die Stadt Regensburg sollte derartigen „Fake News“ proaktiv mit Fakten entgegenreten.

Um den Aufwand möglichst gering zu halten, könnte eine Anfrage an die Stadt München gestellt werden, ob die Texte der oben genannten Flyer-Serie weitgehend übernommen und lediglich an die Verhältnisse in Regensburg angepasst werden dürfen. Gerne unterstützt die AG Politik, Soziales und Antirassismus bei der Erstellung der Flyer.

(Web-Link: <https://stadt.muenchen.de/infos/kampagnenundbroschueren.html>)

## **III. Beschluss nach Abstimmung**

einstimmig beschlossen

## Top 8: Berichte der AGs

Frau Lang leitet den nächsten Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Frau Rist-Kaip, die sich als neue Sprecherin der AG „Politik, Soziales und Antirassismusbearbeitung“ vorstellt. Die AG habe über den Umgang mit gefassten Beschlüssen, deren Nachverfolgung und Priorisierung diskutiert und wünscht sich nach Abschluss der laufenden Veranstaltungen einen Überblick über erreichte und offene Punkte.

Zudem berichtet sie von einem Treffen mit den „Schülis gegen Rechts“. Interessant sei deren Bericht gewesen, weil sich dies mit bestimmten Beobachtungen überlappe und es keinen Unterschied zwischen Stadt und Land gebe. Deren Erfahrungen mit Rechtsextremismus seien ähnlich wie von Erwachsenen. Sie fühlten sich teilweise auch nicht gehört. Sie weist auf eine Online-Veranstaltung am 24. März hin, mit Gilda Sahebi, die Autorin und Ärztin sei und viel Antirassismusbearbeitung mache. Frau Rist-Kaip bittet um Teilnahme.

Frau Lang bedankt sich, fragt nach weiteren AG-Berichten (keine) und schlägt vor, zur 10-Jahresfeier ausgewählte erfolgreich umgesetzte Beschlüsse vorzustellen. Herr Vernim bestätigt, dass dies bereits angedacht sei.

Herr Cetinkaya kündigt im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus zwei Veranstaltungen an: die bereits bestätigte Online-Veranstaltung mit Gilda Sahebi am 24. März sowie eine Podiumsdiskussion zur Kommunalwahl am 26. Februar mit Kandidat\*innen aus Regensburg, geplant in Kooperation mit dem Evangelischen Bildungswerk, als Moderator habe man sich Carsten Lenk vorgestellt. Hintergrund sei, dass man Fragen stellen wolle, wie die Politik für die Migrant\*innen in der Stadtgesellschaft aussehe, wie man sich aufstellen wolle und was ihre Themen seien.

Frau Lang übergibt anschließend an Herrn Vernim für den Bericht der geschäftsführenden Stelle.

## Top 9: Bericht der geschäftsführenden Stelle

Berichterstattung: Amt für Integration und Migration

Herr Vernim kündigt einen noch für dieses Jahr geplanten Klausurtag an. Ein Termin stehe noch aus, eine Abfrage erfolge zeitnah. Eine Durchführung vor Jahresende sei wünschenswert, da ein Termin Anfang nächsten Jahres wegen der haushaltslosen Zeit organisatorisch schwierig sei. Zudem seien 2026 die Kommunalwahlen, sowie die Neuwahl des Integrationsbeirats, wo einiges vorzubereiten sei. Im Klausurtag könne u. a. ein Statuscheck der Beschlüsse erfolgen. Er verweist auf die bereits versandte Terminübersicht und hebt einige für den Integrationsbeirat besonders relevante Termine hervor:

- 22.9. 18.30 Uhr: Sitzung des Sportbeirats, Sitzungssaal Neues Rathaus (Herr Firat sei entschuldigt, Teilnahme Julia Lang)
- 7.10. 9.30 Uhr: Sitzung des Seniorenbeirats im Beratungsbüro SelbstBestimmt im Alter in der Kumpfmühler Str. 52 (Frau Funk nehme für den Integrationsbeirat teil)
- 9.10. 17 Uhr: AGABY Bayernweiter Online-Austausch aller Beiräte und Vorstellung der Analyse Integrationsstrukturen
- 10.10. 15.30 Uhr: Jubiläumsfeier „10 Jahre Integrationsbeirat“ im DEGGINGER
- 15.10. 14 Uhr: Nächstes Treffen AG „Migrationsgeschichte“ im Amt für Integration und Migration, Maximilianstr. 26
- 6.11. 18 Uhr: Festveranstaltung „10 Jahre CampusAsyl“ an der Uni Regensburg, Hörsaal 24 (Anmeldungsfrist bis 23.10.25)
- 19.11. 16 Uhr: Vorbereitung der nächsten Sitzung, online
- Save the Date: AGABY Fachtagung am 13. Juni 2026 und AGABY Vollversammlung am 14. Juni 2026, beides in Nürnberg
- der letzte Sitzungstermin in diesem Jahr finde am Freitag, den 28. November 2025 um 16.30 Uhr

Frau Lang bedankt sich bei Herrn Vernim für die Ausführungen und übergibt das Wort an Herrn Wiesmann.

Herr Wiesmann weist auf die Spendenaktion „Regensburg rettet“ hin: Spenden an Sea-Eye von September bis Ende Dezember würden von der Stadt bis zu einer maximalen Summe von 30.000 Euro aufgedoppelt. Wer sich dafür interessiere, könne einen Flyer bei ihm bekommen.

Frau Lang bedankt sich, entschuldigt die lange Sitzung, wünscht Frau Mumtaz alles Gute zur bevorstehenden Geburt und schließt die Sitzung.

Regensburg, 18.09.25

gez.  
Julia Lang  
Vorsitzende

Protokoll: Dirnberger Melanie (Amt für Integration und Migration, geschäftsführende Stelle)